N i e d e r s c h r i f t

(BildungA/005/2025)

über die 5. Sitzung des Bildungsausschusses am Donnerstag, dem 09.10.2025, 16:00 - 17:45 Uhr, Ratssaal, Rathaus

Die Vorsitzende eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung der Mitglieder und die Beschlussfähigkeit fest.
Der Bildungsausschuss genehmigt nach erfolgten Änderungen und Ergänzungen die nachstehende Tagesordnung:

Öffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

1.	Mitteilungen zur Kenntnis **Protokollvermerk**	
1.1.	Bearbeitungsstand der Fraktionsanträge	40/264/2025 Kenntnisnahme
1.2.	Antrag Nr. 053/2025 der Freie Wähler Erlangen: Nutzung städtischer Räume, Schulen und Turnhallen durch Vereine erleichtern und Förderung von Kooperationen mit der Wirtschaft	241/053/2025 Kenntnisnahme
1.3.	Max-und-Justine-Elsner Schule, Untersuchung Flächenerweiterung	242/360/2025 Kenntnisnahme
1.4.	CSU-Antrag Nr. 070/2025: Auswirkung der Verlängerung des Investitionsprogramms zum Ausbau der Ganztagsbetreuung für Schulkinder und Schaffung von Betreuungsplätzen an der Hermann-Hedenus-Grundschule	51-0/018/2025 Kenntnisnahme
1.5.	Teilnahme der Mönauschule Erlangen am Startchancen-Programm des Bundes und der Länder **Protokollvermerk**	513/020/2025 Kenntnisnahme
1.6.	Einführung der ersten Erlanger Schulstraße in der Liegnitzer Straße – Abschnitt Michael-Poeschke Schule / Otfried Preußler Schule als Pilotprojekt	613/344/2025 Kenntnisnahme
2.	Einbringung der Arbeitsprogramme 2026 folgender Fachämter von Referat IV: Amt 40 Schulverwaltungsamt, Amt 42 Stadtbibliothek, Amt 43 Volkshochschule und Referat IV Bildungsbüro **Protokollvermerk**	40/265/2025 Einbringung
3.	Zwischenbericht des Amtes 42 Budget und Arbeitsprogramm 2025 - Stand 31.07.25	42/038/2025 Beschluss

4.	Bedarfsfeststellung Flächenerweiterung Kinder- und Jugendbibliothek	42/039/2025 Gutachten
5.	Sachstandsbericht und Darstellung aller Erlanger Schulen in Kooperation mit der vhs Erlangen	43/045/2025 Beschluss
6.	Startchancen-Programm des Bundes - Planung von Angeboten durch die vhs Schulkooperationen ab dem Schuljahr 2025/26	43/046/2025 Beschluss
7.	Fraktionsantrag der ÖDP Nr. 075/2025 vom 22.07.2025 zum KI- und Medienbudget und der Ausstattung von Lehrkräften mit dienstlichen Endgeräten	40/263/2025 Beschluss
8.	Fraktionsantrag ÖDP 062/2025; Aktion „Saubere Schultoiletten - gegen Vandalismus am stillen Örtchen“	40/262/2025 Beschluss
9.	Anfragen	
9.1.	Anfrage: Instandhaltungsmaßnahmen an Schulen	242/358/2025 Kenntnisnahme

TOP 1

Mitteilungen zur Kenntnis

Sachbericht:

Protokollvermerk:

Herr StR Dr. Heydenreich beantragt, Punkt 1.2. zum Tagesordnungspunkt zu erheben.

Herr StR Ogiermann beantragt, Punkt 1.4. zum Tagesordnungspunkt zu erheben.

Herr StR Bazant beantragt, Punkt 1.5. zum Tagesordnungspunkt zu erheben.

Ergebnis:

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 1.1 40/264/2025

Bearbeitungsstand der Fraktionsanträge

Sachbericht:

Die beiliegende Übersicht zeigt den Bearbeitungsstand der Fraktionsanträge zum 24.09.2025.

Ergebnis:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 1.2

241/053/2025

Antrag Nr. 053/2025 der Freie Wähler Erlangen: Nutzung städtischer Räume, Schulen und Turnhallen durch Vereine erleichtern und Förderung von Kooperationen mit der Wirtschaft

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen
(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die Freie Wähler Gemeinschaft Erlangen stellt folgenden Antrag:

a) Ausarbeitung eines Konzepts, wie Schulen, Turnhallen und andere ungenutzte Räume in städtischen Gebäuden gemeinnützigen Vereinen zur Verfügung gestellt werden können.
b) Einrichtung eines „Runden Tischs Verein & Wirtschaft“

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen
(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Zu a):

Eine Abfrage bei den Ämtern 13, 40, 41, 47 und 52 hat gezeigt, dass derzeit bereits in großem Umfang städtische Räumlichkeiten regelmäßig, mehrfach oder einmalig durch rd. 240 Erlanger Vereine, Gruppen, Initiativen und Interessensgemeinschaften jährlich genutzt werden.

Die Überlassung der Räume erfolgt je nach Zweck und Dauer der Nutzung sowie Beschaffenheit der Räume teils kostenlos oder gegen einen kleinen Beitrag zur Deckung der Betriebskosten (z.B. Schulräume), teils entgegen vom Stadtrat beschlossenen Nutzungsentgelte (z. B.-Sporthallen, Räume in Stadtteilzentren, künftig kubic).

Die Vergabe der Räume erfolgt auf Anfrage der Vereine und nach Prüfung der jeweiligen Kapazitäten. So ist z. B. bei Räumlichkeiten an Schulen die jeweilige Schulleitung und die Hausverwaltung eingebunden, da die schulische Nutzung Vorrang hat. Ebenso hat bei Sporthallen der Schulsport Priorität.

Die Überlassung von Schulräumen sowie die Anmietung von Veranstaltungsräumen kann online über die Homepage der Stadt Erlangen angefragt und beantragt werden. Amt 41 erprobt darüber hinaus ein digitales Buchungssystem zum internen Raummanagement.

Für die Übergabe der Schlüssel bzw. Öffnung und Schließung der Räume ist in der Regel städtisches Personal im Einsatz, die Reinigung ist über die reguläre Unterhaltsreinigung abgedeckt bzw. wird in Einzelfällen als Sonderreinigung beauftragt und den Nutzenden in Rechnung gestellt. Bei der Überlassung von Schulräumen haben die Antragsteller eine gesonderte Reinigung nach Veranstaltungsende selbst zu veranlassen.

Zu b):

Stellungnahme von Ref. II WA (Wirtschaftsförderung und Arbeit):

Aus regelmäßigen, vielfältigen Unternehmensgesprächen wissen wir, dass die Erlanger Unternehmen im engen Austausch mit (Sport)Vereinen und anderen Organisationen stehen und dabei natürlich die Frage nach Unterstützung und Sponsoringmöglichkeiten ein wesentliches Thema sind. Viele Erlanger Unternehmen unterstützen die Erlanger Vereine bereits heute in mannigfaltiger Weise. Zusätzliche institutionalisierte Formate sind daher nicht erforderlich und zielführend.

3. Prozesse und Strukturen
(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Zu a):
Amt 24 spielt in diesem Zusammenhang keine tragende Rolle, da die Belegung der zugewiesenen Flächen den Fachämtern obliegt.
Aufgrund der sehr unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und Hauptnutzungen der Räume ist eine zentralisierte Vergabe und Buchung aller verfügbaren Räumlichkeiten nicht denkbar.

Eine Ausdehnung der Nutzung städtischer Räumlichkeiten durch Vereine ist in einigen Bereichen allein aufgrund der bereits sehr hohen Auslastung nicht möglich (Sporthallen, Räume unter der Verwaltung von Amt 41). Zu bedenken ist auch, dass die Überlassung von Schulräumen und Turnhallen in den Ferien aufgrund der erforderlichen Grundreinigungen nur sehr eingeschränkt möglich ist. In anderen Bereichen müssten technische Voraussetzungen geschaffen werden, um den personellen Aufwand (z. B. Öffnung und Schließung der Räume, Erreichbarkeit/Bereitschaft), der häufig außerhalb der regulären Arbeitszeiten anfällt, nicht weiter zu erhöhen.
Speziell im Bereich der Hausverwalter-Teams bestehen keinerlei personelle Kapazitäten, um hier zusätzliche Aufgaben zu übernehmen bzw. bestehende Aufgaben auszuweiten.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass bei den befragten Ämtern eine große Offenheit besteht und mit viel Engagement und personellem Einsatz die Nutzung städtischer Räumlichkeiten durch Vereine ermöglicht wird. Eine Ausweitung dieser freiwilligen Leistung ist ohne Personalmehrung und steigende Kosten jedoch nicht leistbar.

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☐ *ja, positiv**
☐ *ja, negativ**
☒ *nein*

5. Ressourcen
(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

☒ werden nicht benötigt

☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk

☐ sind nicht vorhanden

Protokollvermerk:

Herr StR Dr. Heydenreich beantragt, diesen Punkt zum Tagesordnungspunkt zu erheben.

Ergebnis/Beschluss:

1. Der Sachbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Antrag Nr. 053/2025 der „Freie Wähler Erlangen“ ist damit bearbeitet.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 1.3 — 242/360/2025

Max-und-Justine-Elsner Schule, Untersuchung Flächenerweiterung

Sachbericht:

In der Beschlussvorlage 40/229/2024 wurde der Bedarf für eine Erweiterung der Max-und-Justine-Elsner-Grundschule festgestellt und die Verwaltung beauftragt, mögliche Erweiterungsoptionen zu prüfen.

Es wurde ein zusätzlicher Bedarf von 539 bis 1.056 m² Hauptnutzfläche sowie von ca. 69 m² Pausenhoffläche festgestellt.

Das am 08.10.2024 vom UVPA der Stadt Erlangen eingeleitete Verfahren zur Aufstellung des 6. Deckblattes zum Bebauungsplan Nr. 179 für das Gebiet südlich der Zimmermannsgasse und nördlich der Sandbergstraße wurde eingestellt (UVPA-Beschluss vom 24.06.2025, Vorlage 611/227/2025). Ziel der Änderung des Bebauungsplans war die planungsrechtliche Sicherung entsprechend benötigter Erweiterungsflächen und die Baurechtschaffung für den Erweiterungsbau mit Festsetzung einer Gemeinbedarfsfläche. Im Zuge des Verfahrens wurden verschiedene Erweiterungsüberlegungen geprüft und bewertet. Hierbei wurde festgestellt, dass eine Erweiterung der Schule auf eigenen Flächen möglich ist und somit auf externe Flächen nicht zwingend zugegriffen werden muss.

In der Sitzung des UVPA am 24.06.2025 wurde um eine Information über die Flächenverfügbarkeit an der Max-und-Justine-Elsner-Schule gebeten.

Aus Sicht der Verwaltung sind nach jetzigem Stand folgende Varianten mit Verortung auf stadteigenem Grund darstellbar. Hierbei handelt es sich um eine erste Einschätzung, eine detaillierte Prüfung bzw. Vorplanung zur genaueren Validierung wäre im Weiteren notwendig.

Variante A:
Aufstockung des Hauptgebäudes um ein komplettes Vollgeschoss mit Dach und
Aufstockung der Mensa um zwei Vollgeschosse

→ Deckung des Flächenbedarfs im Mittel mit ca. 855 m² HNF,
ohne signifikanten Freiflächengewinn; ggfls. Abstandsflächenproblematik

Variante B:
Ergänzung eines Neubaus auf dem Bestandsgrundstück

→Zugewinn an Hauptnutzfläche ca. 600m²;
Ersatz der Freiflächen durch (teilw.) Um-/ Doppelnutzung des südlich gelegenen Spielplatzes
Aufgrund von Abweichungen vom bestehenden Bebauungsplan Nr. 179 ist hierfür ggf. ein Bebauungsplanänderungsverfahren erforderlich.

Nach aktueller Haushaltssituation sind weitere Maßnahmen hinsichtlich des festgestellten Bedarfs nicht möglich. Eine weitere Prüfung sowie die Einbringung erforderlicher Beschlussvorlagen in die Gremien erfolgen zu gegebener Zeit.

Ergebnis:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 1.4

51-0/018/2025

CSU-Antrag Nr. 070/2025: Auswirkung der Verlängerung des Investitionsprogramms zum Ausbau der Ganztagsbetreuung für Schulkinder und Schaffung von Betreuungsplätzen an der Hermann-Hedenus-Grundschule

Sachbericht:

1. Wie wirkt sich die durch den Bundestag um zwei Jahre beschlossene Verlängerung des Investitionsprogramms für den Ausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder für die Jugendhilfeplanung und die Stadt Erlangen aus?

Die Jugendhilfeplanung bezieht sich in der Bedarfsplanung auf inhaltliche Aspekte wie beispielsweise die Prognose der Schülerzahlen, die Versorgungsquoten, den Sozialraum und die bereits bestehenden Einrichtungen/Plätze. Ein Zusammenspiel der unterschiedlichen Kriterien ergibt dann eine Bedarfseinschätzung, welche die Grundlage für die Stellungnahmen oder die Bedarfsbeschlüsse darstellt. Förderprogramme sind davon zunächst losgelöst zu sehen und haben keine Auswirkung auf die Bedarfsanalyse.

Eine Anpassung des Förderzeitraums in der Richtlinie zur Förderung von Investitionen zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter im bayerischen Landesrecht steht bislang noch aus, sodass die Stadt Erlangen aus der auf Bundesebene beschlossenen Verlängerung des Investitionsprogramms bis 31. Dezember 2029 keinen unmittelbaren Nutzen ziehen kann. Sollte es zu einer entsprechenden Anpassung der Richtlinie kommen, sind positive Effekte auf den Ausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder im Stadtgebiet zu erwarten, wobei die in dem Rahmen gewährten Zuwendungen die gesamten förderfähigen Investitionsausgaben nicht vollumfänglich decken. Die Stadt muss sich bei allen Investitionsmaßnahmen mit einem Eigenanteil von aktuell 55% beteiligen. Insofern hängt der Ausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder auch maßgeblich von der weiteren Entwicklung der städtischen Haushaltslage ab.

2. Welche Auswirkungen ergeben sich konkret für die aktuelle Betreuungssituation an der Hermann-Hedenus-Grundschule für das Schuljahr 2025/26?

Für den Schulstandort Hermann-Hedenus-Grundschule wurden bereits etliche Lösungsansätze entworfen, geprüft und abgestimmt. Zuletzt wurde in Zusammenwirken mit der Regierung von Mittelfranken die Variante „aushäusige Erweiterung des offenen Ganztags in den Räumlichkeiten der Johanniskirche“ geprüft. Die Regierung würde dieser Variante für eine Übergangsphase zustimmen. Allerdings hat die Schulleitung wie auch das staatliche Schulamt nicht zugestimmt (der offene Ganztag ist ein unter schulischer Aufsicht stehendes Ganztagsangebot; die Entscheidung hierüber liegt bei der Schulleitung).

Als Alternative dazu wurde überlegt, die Räumlichkeiten der Johanniskirche für eine Mittagsbetreuung zu nutzen. Hierfür wurde mit Schreiben vom 12.06.2025 beim Sozial- und Kultusministerium eine Ausnahme vom Ausschlussgebot beantragt. Die gleichzeitige Einrichtung eines offenen Ganztagsangebotes sowie einer Mittagsbetreuung ist jedoch nach wie vor nicht möglich. Die Ablehnung ist Anlage dieser Beschlussvorlage.

Parallel wurden und werden verschiedene Investitionsmaßnahmen (Anbau, Neubau, Container, Umbau, Sanierung, etc.) im räumlichen Umfeld der Schule und auch außerhalb geprüft. Sollte sich eine investive Maßnahme als umsetzbar erweisen, würde diese in die entsprechenden Gremien eingebracht, sodass möglicherweise von einer Verlängerung des o.g. Investitionsprogramms profitiert werden kann. Langfristig ist zu berücksichtigen, dass nach der Errichtung der Stadtteilschule in Büchenbach Nord die Hermann-Hedenus Mittelschule aus der Hermann-Hedenus-Grundschule ausziehen wird. In diesem Fall ist eine Erweiterung von Ganztagsbetreuungsplätzen auf dem Schulgelände möglich.

3. Die Stadt Erlangen schafft die für das Schuljahr 2025/2026 fehlenden Betreuungsplätze an der Hermann-Hedenus-Grundschule.

Kurzfristige Lösungen konnten leider nicht umgesetzt werden (siehe Punkt 2). Die Verwaltung versucht weiterhin gemeinsam mit anderen Akteuren eine Erweiterung der Betreuungsplätze zu schaffen, die jedoch nicht zum Schuljahresbeginn 2025/2026 realisiert werden kann. Abstimmungen hierzu laufen parallel. Bei allen Überlegungen zum Kita-Ausbau wird der Rechtsanspruch auf Betreuungsplätze fürs Grundschulalter mitberücksichtigt. Auch etwaige Umnutzungen werden geprüft. Sobald eine Lösung realisiert werden kann, werden alle weiteren Schritte umgehend eingeleitet, sodass im Falle einer Anspruchserfüllung alle Fördermöglichkeiten ausgeschöpft werden können.

Protokollvermerk:

Herr StR Ogiermann beantragt, diesen Punkt zum Tagesordnungspunkt zu erheben.

Ergebnis/Beschluss:

1. Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 1.5 — 513/020/2025

Teilnahme der Mönauschule Erlangen am Startchancen-Programm des Bundes und der Länder

Sachbericht:

Startchancen-Programm in Erlangen

Das Startchancen-Programm ist eine gemeinsame Initiative von Bund und Ländern. Mit der Initiative sollen Schulen unterstützt werden, an denen ein hoher Anteil der Schülerinnen und Schüler sozial benachteiligt sind. Im ersten Programmjahr 2024/2025 liegt der Fokus darauf, die Schulen, die Schulträger und die Kooperationspartner in die Planung und Vorbereitung einzubinden sowie erste Strukturen aufzubauen. Ab dem Schuljahr 2025/2026 kann die Umsetzung der Maßnahmen der Säule III (personelle Verstärkung durch multiprofessionelle Teams) erfolgen.

Die Mönauschule wurde bereits im Schuljahr 2024/2025 für das Startchancen-Programm ausgewählt und befindet sich nun bereits im zweiten Projektjahr.

Ab dem Schuljahr 2025/2026 wurden zudem folgende Schulen aus Erlangen für das Startchancen-Programm ausgesucht: Pestalozzischule, Grundschule Büchenbach, Hermann-Hedenus-Grundschule, Hermann-Hedenus-Mittelschule, Ottfried-Preußler-Schule, Berufsschule.

Ziel des Startchancen-Programms ist es, die Chancengerechtigkeit zu erhöhen, den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft zu entkoppeln und die Ausbildungsreife sowie die Berufsfähigkeit der Kinder und Jugendlichen zu verbessern. Das Programm ist auf zehn Jahre, ab dem 01.08.2024, angelegt und mit insgesamt 20 Milliarden Euro ausgestattet. Die Schulen, die am Startchancen-Programm teilnehmen, werden von den jeweiligen Bundesländern anhand festgelegter Kriterien ausgewählt.

Die im Rahmen des Startchancen-Programms zur Verfügung stehenden Mittel verteilen sich auf drei Säulen:

- Säule I: Investitionen in eine zeitgemäße und förderliche Lernumgebung
- Säule II: Chancenbudget für Schule- und Unterrichtsentwicklung
- Säule III: Personal zur Stärkung multiprofessioneller Teams zur individuellen Förderung von Schüler*innen

Die Entscheidung über den Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel liegt in der Verantwortung der ausgesuchten Schulen.

Der Standort Mönauschule Erlangen

Durch die Teilnahme der Mönauschule und der damit verbundenen Möglichkeit, ein multiprofessionelles Team aufzubauen, hat die Schulleitung der Mönauschule entschieden, eine weitere Sozialpädagogin mit 24 Wochenstunden, zunächst vom 01.10.2025 bis 31.08.2026 befristet, einzusetzen.

Seit 2014 ist an der Mönauschule eine JaS-Fachkraft des Stadtjugendamtes mit 30 Wochenstunden tätig. Aufgrund der sehr guten, bestehenden Zusammenarbeit zwischen der Mönauschule und dem Stadtjugendamt hat die Schulleitung als Kooperationspartner das Stadtjugendamt angefragt. In Zusammenarbeit mit dem Personal- und Organisationsamt ist es dem Stadtjugendamt gelungen, diese Stelle in der Abteilung Jugendsozialarbeit und Jugendarbeit anzusiedeln.

Die Finanzierung der Stelle generiert sich zu 100 % aus den Finanzmitteln der Säule III und ist somit für den Haushalt der Stadt kostenneutral. Die antragstellende Behörde ist das Schulamt Erlangen in Verbindung mit der Mönauschule.

Es wurde ein Kooperationsvertrag zwischen den Akteuren Schule, Regierung von Mittelfranken und dem Stadtjugendamt geschlossen, um die Zusammenarbeit aller zu regeln.

Protokollvermerk:

Herr StR Bazant beantragt, diesen Punkt zum Tagesordnungspunkt zu erheben.

Frau StRin Breun und Herr StR Bazant bitten die Verwaltung um Auskunft, warum

1. die Stelle befristet wurde und

2. nicht im Stellenplan aufgelistet ist.

Ergebnis:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 1.6 — 613/344/2025

Einführung der ersten Erlanger Schulstraße in der Liegnitzer Straße – Abschnitt Michael-Poeschke Schule / Otfried Preußler Schule als Pilotprojekt

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

In der Liegnitzer Straße, im Abschnitt zwischen Marienbader Str. und Erwin-Rommel-Str., befinden sich mit der Michael-Poeschke-Grundschule, der Otfried-Preußler-Förderschule und dem Kinderzentrum Thomizil drei soziale Einrichtungen. Seit Jahren bestehen hier erhebliche Sicherheitsprobleme, vor allem durch den Hol- und Bringverkehr.

Maßnahmen, wie eine Fahrbahneinengung und die Einrichtung einer Hol- und Bringzone führten nicht zur gewünschten Entlastung. Deutliche Sicherheitsdefizite bestehen weiterhin aufgrund von Kfz-Gehwegüberfahrten des zu den Schulzeiten stark frequentierten Gehwegs, durch ein- und ausparkende Fahrzeuge, parkende Fahrzeuge auf dem Gehweg sowie durch Ausweichmanöver infolge des Zweirichtungsverkehrs.

Wiederkehrende Beschwerden seitens der Elternschaft sowie der Schulleitung der Michael-Poeschke-Schule verdeutlichen den Handlungsbedarf. Zudem hat sich im Juni 2025 ein Unfall auf dem Gehweg des Schuleingangsbereiches ereignet, bei dem ein Kleinkind von einem einparkenden Pkw erfasst wurde.

Von der Straßenverkehrsbehörde und der Mobilitätsplanung wurden in Abstimmung mit den betroffenen Schulen und dem Kindergarten Thomizil sowie dem Stadtteilbeirat Süd Möglichkeiten zur Verbesserung der Verkehrssicherheit erarbeitet. Zudem sollen unterstützende Maßnahmen geprüft werden (u.a. Rückversetzen der Parkplätze vor den Gehweg im Schuleingangsbereich und Absperrung der Stellplätze der Kirchgemeinde).

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

Um die Sicherheit der Kinder im direkten Schul- und Kindergartenumfeld zu verbessern, führt die Stadt Erlangen in Zusammenarbeit mit den Schulen, der Kirchgemeinde Thomizil und dem Stadtteilbeirat ab dem Schuljahr 2025/2026 eine Schulstraße in der Liegnitzer Straße als Pilotprojekt ein.

Start der Schulstraße ist der Beginn des Schuljahres 2025/26 am 16.09.2025

Verkehrsrechtliche Anordnung

Künftig ist die Zu- und Abfahrt für den Kfz-Verkehr durch das VZ 260 im betreffenden Abschnitt an Schultagen in folgenden Zeiten ausgeschlossen (siehe Anlage 1):

- 07:30 - 08:15 Uhr,
- 12:15 -13:15 Uhr,
- 15:30 - 16:30 Uhr

Anwohnende sind durch das VZ „Bewohner frei“ von der Beschränkung ausgenommen.

Ausnahmegenehmigungen sind für die Fahrdienste der Otfried-Preußler-Schule, Lehrpersonal und z.B. Pflegedienste vorgesehen.

Einführungsphase und Kommunikation

Es handelt sich um ein Pilotprojekt innerhalb Erlangens, das sowohl von der Polizei als auch von Seiten der Schule / Elternschaft und dem Stadtteilbeirat begleitet wird. Ein entscheidender Erfolgsfaktor ist die enge Zusammenarbeit zwischen Straßenverkehrsbehörde, Mobilitätsplanung, den Schulen und der Kirchgemeinde sowie der Polizei.

Eine Einführungsphase soll das Erlernen eines veränderten Mobilitätsverhaltens von Seiten der Eltern ermöglichen. Dabei sperrt die Polizei die Zufahrten des betroffenen Abschnittes in der Schulanfangs- und Endzeit mit Leitkegeln ab und bleibt bis zum Ende der Sperrzeit vor Ort. Sie übernimmt die Aufklärungsarbeit und den Verweis auf die Hol- und Bringzone. Unterstützt wird die Sperrung von Eltern und Stadtteilbeirat. Danach folgen Kontrollen durch die Polizei, die auch die Ahndung von Verkehrsverstößen beinhalten.

Die Elternschaft der drei Einrichtungen wird durch eine intensive Kommunikationskampagne, in Zusammenarbeit mit dem Büro für Bürgerbeteiligung, eingebunden und zur Mitarbeit aufgerufen. Die Schulen werden über die Einführung hinaus wiederholt auf die Einhaltung der Regelung hinweisen. Die Anwohnerschaft wird im Vorfeld über die Änderungen informiert.

3. Prozesse und Strukturen:

Evaluation der Schulstraße

Die veränderte Verkehrsregelung in der Liegnitzer Straße wird durch die Abteilung Mobilitätsplanung evaluiert. Es wird u.a. geprüft, ob die Maßnahme, über die Einführungsphase hinaus, zu einem verringerten Kfz-Verkehrsaufkommen sowie weniger Verkehrsverstößen und gefährlichen Situationen in unmittelbarer Schulumgebung führt. Die anliegenden Straßen sowie die Hol- und Bringzone an der Theodor-Heuss-Anlage werden auf Verlagerungseffekte evaluiert.

Nach sechs Monaten (März 2026) wird die Evaluation abgeschlossen und beurteilt, ob das Konzept der Schulstraße ausreichend angenommen wird. Der UVPA wird im Anschluss über das Ergebnis informiert.

Variante zusätzliche Anordnung einer Einbahnstraße

Bringt die Einrichtung der Schulstraße nicht den erhofften Sicherheitsgewinn, besteht als Möglichkeit die zusätzliche Anordnung einer Einbahnstraße in dem Straßenabschnitt. Die Kombination der beiden Verkehrsregelungen (Schulstraße in Kombination mit Einbahnstraße) wurde sowohl von Seiten des Stadtteilbeirates (siehe Anlage 2) als auch von den sozialen Einrichtungen gewünscht.

Variante Ablösung der Schulstraße durch eine Einbahnstraße

Bei der Ablösung der Schulstraße durch die alleinige Anordnung einer Einbahnstraße ist zu erwarten, dass zwar die Gehwegüberfahrten zur Abwicklung des Begegnungsverkehres minimiert, wahrscheinlich sogar eliminiert werden können. Auf die Verkehrsmengen hat diese jedoch einen geringeren Einfluss und vermindert nur teilweise den Parksuchverkehr im Schulzugangsbereich. Vorteil der Lösung ist, dass nach der Umsetzung kein Personalaufwand zur Durchsetzung notwendig ist.

Übertagbarkeit auf weitere Erlanger Grundschulen (siehe Anlage 3, TOP 2)

Zeigt sich die Regelung der Schulstraße in Zusammenspiel mit einer entsprechenden Kommunikationskampagne als erfolgreich, so ist eine Übertragung auf weitere Grundschulen in Erlangen denkbar.

Dennoch muss berücksichtigt werden, dass alle Schulen eigene, verkehrliche Rahmenbedingungen aufweisen und die Schulstraße somit nicht als Pauschallösung angeordnet werden kann. Eine eingehende und individuelle Prüfung ist notwendig.

Für eine schrittweise Ausweitung des Konzepts auf weitere Grundschulen müssten entsprechende Personalressourcen zur Verfügung stehen, um die durchaus aufwendige Einführungsphase zu planen und zu begleiten. Eine Umsetzung weiterer Schulstraßen ist, nach aktuellem Personalstand in der Verwaltung, erst nach Abschluss des gesamtstädtischen Fußverkehrskonzeptes, ab 2027, realistisch.

Zusätzlich muss die personelle Ausstattung der Polizei berücksichtigt werden, die als Schlüsselakteur die mehrwöchige Einführungsphase begleitet.

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☒ *ja, positiv**
☐ *ja, negativ**
☐ *nein*

Wenn ja, negativ:

Bestehen alternative Handlungsoptionen?

☐ *ja**
☐ *nein**

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	850 €	Beschilderung
	203 €	Druck Flyer
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	Evtl. weitere bei Umsetzung der Einbahnstraße	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

☐ werden nicht benötigt

☒ sind vorhanden, für die Beschilderung im Budget Am 66

Für den Druck der Flyer im Budget Amt 31

☐ sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

1. Der Bericht der Stadtverwaltung wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Antrag Nr. 079/2025 aus dem Stadtteilbeirat Süd ist bearbeitet.
3. Die Anträge aus der Bürgerversammlung Gesamtstadt am 27.05.2025: TOP 1 und 2 sind bearbeitet.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 2

40/265/2025

Einbringung der Arbeitsprogramme 2026 folgender Fachämter von Referat IV: Amt 40 Schulverwaltungsamt, Amt 42 Stadtbibliothek, Amt 43 Volkshochschule und Referat IV Bildungsbüro

Sachbericht:

Die Arbeitsprogramme folgender Fachämter von Referat IV:

	Band Arbeitsprogramme 2026
Amt 40 Schulverwaltungsamt	Seite 124
Amt 42 Stadtbibliothek	Seite 156
Amt 43 Volkshochschule	Seite 165
Referat IV Bildungsbüro	Seite 134

werden eingebracht.

Die Beschlussfassung hierzu erfolgt im Rahmen des BildungsA-HH am 20.11.2025.

Protokollvermerk:

Arbeitsprogramm 2026 – Amt 42 Stadtbibliothek

Frau StRin Grille gibt zu Protokoll, dass die Verantwortung und Aufsicht im Stadtteilhaus West bei Amt 41 liegen. Die Bildungsreferentin Frau Steinert-Neuwirth erläutert, dass die Strukturen und Verantwortlichkeit für das Stadtteilhaus West geklärt sind.

Ergebnis:

Die Berichte der Verwaltung dienen zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 3 — 42/038/2025

Zwischenbericht des Amtes 42 Budget und Arbeitsprogramm 2025 - Stand 31.07.25

Sachbericht:

1. **Ergebnis/Wirkungen**
   (Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

   Abarbeitung des Arbeitsprogrammes.

2. **Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen**
   (Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

   Maßnahmen einleiten, Wege finden, um das Arbeitsprogramm im vollen Umfang abzuarbeiten.

3. **Prozesse und Strukturen**
   (Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

   Siehe Anlage „Budget und Arbeitsprogramm 31. 07. 2025“.

4. **Klimaschutz:**

   Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

   ☐ *ja, positiv**
   ☐ *ja, negativ**
   ☐ *nein*

   Wenn ja, negativ:
   Bestehen alternative Handlungsoptionen?

   ☐ *ja**
   ☐ *nein**

   **Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

   Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen - entfällt
(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Ergebnis/Beschluss:

Das Budget und Arbeitsprogramm 2025 - Stand: 31.07.2025 - wird zur Kenntnis genommen.

Mit der Verschiebung der in der Anlage aufgeführten Arbeiten in das nächste Haushaltsjahr besteht Einverständnis.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 11 gegen 0

TOP 4 — 42/039/2025

Bedarfsfeststellung Flächenerweiterung Kinder- und Jugendbibliothek

Sachbericht:

1. Ergebnisse / Wirkungen
Die Stadtbibliothek leidet unter einem extremen Platzmangel sowohl in Bezug auf die Büroflächen als auch auf die Publikumsflächen der Kinder- und Jugendbibliothek.

Durch neue technische Standards und die Einrichtung der Kulturmeile ist die permanente Anwesenheit eines Hausmeisters im Objekt nicht mehr erforderlich.

Kinder- und Jugendbibliothek
Laut „ekz bibcheck“ vom 01.03.2023 sind die Publikumsflächen der Kinderbibliothek bei weitem nicht ausreichend, um ein zeitgemäßes Angebot an Kindermedien und Lernangeboten für die Altersgruppen 1 bis 12 Jahre bereitzustellen. Die Kinder- und Jugendbibliothek wurde viel zu klein geplant, um die massiv gestiegene Nachfrage befriedigen zu können. Seit der Wiedereröffnung der Stadtbibliothek 2010 verzeichnet die Stadt ein Bevölkerungswachstum von ca. 20%. Im gleichen Zeitraum sind die Ausleihzahlen der Kinder- und Jugendbibliothek überproportional um über 30% angestiegen. Für Lernangebote steht kein Platz zur Verfügung; verpflichtende (!) Klassenführungen und Aktivitäten wie Robotik, Kreativität, Maker-Space, Geschichten- oder Schreibwerkstätten können nicht mehr im ausreichenden Maß angeboten werden. Unter dem Platzmangel leidet auch die Aufenthaltsqualität. Der Bestand an Kinder- und Bilderbüchern verteilt sich über mehrere Etagen in unterschiedlichen, weit auseinanderliegenden Gebäudeteilen, was zu massiven Nutzerbeschwerden führt. Aufgrund der engen Regalabstände ist die Kinder- und Jugendbibliothek nicht barrierefrei. Ein Zugang mit Rollstuhl oder Kinderwagen ist nicht möglich. Zahlreiche Möglichkeiten, die Raumnot zu beheben (Auslagerung des Kunstpalais, Anmietung externer Erweiterungsflächen), wurden geprüft und wieder verworfen. Vgl. die Fraktionsanträge 266/2021, 321/2021, 398/2021, 258/2022 etc.

Büroflächen

Trotz intensiver Bemühungen bietet das Gebäude keine ausreichende Anzahl von Büroarbeitsplätzen. Diese sind über das gesamte Gebäude verteilt und erfüllen nicht mehr die insbesondere ergonomischen Mindestanforderungen. Eine Mitarbeiterin ist im Kunstpalais (0215) untergebracht. Weitere Mitarbeitende und Auszubildende für die geplante Stadtteilbibliothek im Stadtteilhaus West können räumlich nicht mehr aufgenommen werden. Im Stadtteilhaus West stehen keine Büroarbeitsplätze zur Verfügung. In einem moderierten Prozess wurden Optimierungsmöglichkeiten in der Flächennutzung im Palais Stutterheim geprüft. Unter Berücksichtigung neuer Arbeitsformen und New-Work-Konzepte konnte dennoch innerhalb der bestehenden Flächen keine zufriedenstellende Lösung gefunden werden.

Lösung / Vorteile

Perspektivisch soll aus Sicht des Fachamtes die im Objekt befindliche Hausmeisterwohnung nach Beendigung des aktuellen Mietverhältnisses der Stadtbibliothek zugeschlagen werden. Die Lösung bietet mehrere entscheidende Vorteile:

1. Die Büroarbeitsplätze können (ohne Flächenerweiterung) zusammenhängend auf einer Etage im Dachgeschoss untergebracht werden. Arbeitsabläufe lassen sich einfacher und effizienter gestalten.
2. Im Gegenzug stehen das Gruppenbüro (0113) sowie der aktuell als Bürofläche genutzte Vorlese- und Gaming-Raum (0117) als dringend benötigte Publikumsflächen für die Kinder- und Jugendbibliothek zur Verfügung.
3. Der Bestand an Kinder- und Bilderbüchern könnte wieder an einem Standort zusammengeführt werden.
4. Die Kinder- und Jugendbibliothek könnten jeweils zusammenhängend auf einer Etage im EG / Kinderbibliothek bzw. im 1. OG / Jugendbibliothek untergebracht werden.
5. Durch eine entsprechende Neumöblierung (Mittel sind im Budget von 42 vorhanden, 100.000 auf IPNr.:272.351) könnte auch die Barrierefreiheit in der Kinder- und Jugendbibliothek wiederhergestellt werden.

Stellungnahme Amt 24:

Durch die Nutzung von Gebäudeleittechnik oder eines elektronischen Schließsystems (oben als "neue elektronische Standards" bezeichnet") bedarf es im Regelbetrieb für diese techn. Anforderungen keiner Anwesenheit von Bedien- oder Schließpersonal. Die temporäre Anwesenheit eines Hausverwalters kann damit jedoch nicht ersetzt werden. Eine dauerhafte Nutzung der Hausverwalterwohnung nach Wiederbesetzung der Hausverwalterstelle ist jedoch nicht erforderlich, da sich in unmittelbarer Nähe zum Markgrafentheater der Standort für die Hausverwalter der „Kulturmeile“ befindet

Büroflächen
Die Anzahl notwendiger Büroarbeitsplätze ist insbesondere davon abhängig, mit welchem Anteil an tatsächlicher Anwesenheit am Arbeitsplatz zu rechnen ist und damit, ob und in welchem Maß eine Mehrfachbelegung praktikabel ist.

Ressourcen
Aufgrund der bei einer Umnutzung und Zusammenlegung der heutigen Einheiten entstehenden Aufwendungen, insbesondere da hierbei der hochinstallierte Anschluss-/Technikraum betroffen sein wird, wären die baulichen Aufwendungen nicht unerheblich und müssten zunächst ermittelt werden. Baumittel sind bislang im Haushalt bzw. im Budget von Amt 24 nicht eingeplant.

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☐ *ja, positiv**
☐ *ja, negativ**
☒ *nein*

Wenn ja, negativ:
Bestehen alternative Handlungsoptionen?

☐ *ja**
☐ *nein**

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen
(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

☐ werden nicht benötigt
sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
☒ sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

1.Der Flächenbedarf für die Stadtbibliothek wird anerkannt.

2.Der Vorschlag des Fachamtes, die Hausmeisterwohnung zur Deckung des Flächenbadarfs nach Beendigung des aktuell bestehenden Mietverhältnisses umzunutzen wird befürwortet.

3.Die Verwaltung wird beauftragt, hierfür die Umnutzung der bisherigen Hausverwalterwohnung nach Beendigung des Mietverhältnisses zu prüfen und ein umsetzungsfähiges Konzept zu erarbeiten.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 11 gegen 0

TOP 5 — 43/045/2025

Sachstandsbericht und Darstellung aller Erlanger Schulen in Kooperation mit der vhs Erlangen

Sachbericht:

Seit dem Jahr 2009 engagiert sich die Volkshochschule (vhs) mit Bildungsangeboten im gebundenen und offenen Ganztag an Erlanger Schulen. Zudem organisiert sie die Umsetzung der Optimierten Lernförderung an derzeit 15 Erlanger Schulen, gemeinsam mit den Schulen und Amt 50 (Beantragung BuT-Mittel). Im Jahr 2012 wurde die vhs vom Stadtrat mit der Organisation von Bildungsangeboten im Ganztag für acht Schulen beauftragt (Beschlussvorlage 43/32/2012/1). Dies waren zum Schuljahr 2012/13 folgende Schulen.

Schulart	Schule	Bereich
GS	Adalbert-Stifter	Gebundener Ganztag
GS	Büchenbach-Nord / Mönau	Gebundener Ganztag
MS	Ernst-Penzoldt	Geb. und offener Ganztag
GS	Hermann-Hedenus	Gebundener Ganztag
MS	Hermann-Hedenus	Gebundener Ganztag
GS	Max-und-Justine-Elsner	Gebundener Ganztag
GS	Pestalozzi	Gebundener Ganztag
GS	Tennenlohe	Gebundener Ganztag

Seit 2012 haben sich verschiedene Veränderungen ergeben, die im Folgenden als Liste und grafisch als Übersicht (Anlage 1) dargestellt werden.

Zum Schuljahr 2025/26 ist die vhs Erlangen Kooperationspartnerin an folgenden Schulen:

Schule	Bereiche	Start
Grundschule a. d. Brucker Lache	Opt. Lernförderung	Seit 2017/18
Mönauschule	Gebundener Ganztag	Seit 2010/11
	Opt. Lernförderung	Seit 2014/15
Grundschule Büchenbach	Opt. Lernförderung	Seit 2017/18
Eichendorffschule	Gebundener Ganztag	Seit 2014/15
	Opt. Lernförderung	Seit 2014/15
Ernst-Penzoldt-Schule	Opt. Lernförderung	Seit 2012/13
Freie Waldorfschule Erlangen	Offener Ganztag	Seit 2012/13
Friedrich-Rückert-Schule	Gebundener Ganztag	Seit 2018/19
	Offener Ganztag	Seit 2025/26
	Opt. Lernförderung	Seit 2016/17
Hermann-Hedenus Grundschule	Gebundener Ganztag	Seit 2011/12
	Offener Ganztag	Seit 2019/20
	Opt. Lernförderung	Seit 2013/14
Hermann-Hedenus-Mittelschule	Gebundener Ganztag	Seit 2010/11
	Offener Ganztag	Seit 2014/15
	Opt. Lernförderung	Seit 2012/13
Loschge-Grundschule	Opt. Lernförderung	Seit 2014/15
Max-und-Justine-Elsner-Schule	Gebundener Ganztag	Seit 2012/13
	Opt. Lernförderung	Seit 2013/14

Michael-Poeschke-Grundschule	Gebundener Ganztag	Seit 2025/26
	Opt. Lernförderung	Seit 2018/19
Pestalozzischule	Opt. Lernförderung	Seit 2013/14
Ottfried-Preußler-Schule	Opt. Lernförderung	Seit 2018/19
Grundschule Tennenlohe	Gebundener Ganztag	Seit 2013/14
	Opt. Lernförderung	Seit 2015/16
Werner-von-Siemens Realschule	Offener Ganztag	Seit 2018/19
	Opt. Lernförderung	Seit 2018/19

Aktueller Stand und Ausblick

Die Erweiterung des Engagements an Erlanger Schulen, zuletzt an der Michael-Poeschke-Grundschule im gebundenen Ganztag sowie der Friedrich-Rückert-Grundschule im offenen Ganztag zum Schuljahr 2025/26, erforderte eine Überprüfung der bisherigen Arbeitsbereiche der vhs Schulkooperationen.

Die Personalressource, die der vhs Erlangen im städtischen Stellenplan zur Planung und Umsetzung von Angeboten zur Verfügung steht müsste im Grunde optimiert werden, um die wachsende Zahl an Angeboten an den teils langjährigen Kooperationsschulen zu bewältigen. Die Bewilligung weiterer Personalressourcen sind im aktuellen Stellenplan nicht zu erwarten.

In 2024/25 war es notwendig, die Kooperation mit der Adalbert-Stifter-Schule (ASS) von Seiten der vhs zu beenden, da hier nur eine geringe Zahl an Unterrichtseinheiten und Angeboten organisiert wurde. Der grundsätzliche Arbeitsaufwand, der bei der Übernahme einer Kooperationsschule anfällt, war hier zu groß für die Zahl der tatsächlich an der ASS platzierten Angebote. Die freigewordenen Ressourcen werden nun in anderen Kooperationsschulen effizienter eingesetzt.

Heute verantwortet die vhs an acht Erlanger Schulen den gebundenen und an fünf Schulen den offenen Ganztag, an 15 Schulen wird die Lernförderung umgesetzt. Hierfür stehen wie der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen ist aktuell 4,37 VZÄ pädagogisch planendes und 1 VZÄ verwaltendes Personal zur Verfügung. An den Schulen mit großem Angebot werden zudem 2,67 VZÄ Teamkoordination (aus Fördermitteln refinanziert).

Vorhandenes Personal:

Bezeichnung / Aufgaben	**Umfang**	**Bemerkung**
Pädagogisch planendes Personal	4,37 VZÄ	
Verwaltendes Personal	1 VZÄ + 0,33 VZÄ befristet	Hier nicht berücksichtigt die Infrastruktur der vhs (Amtsleitung, Geschäftsführung, Buchhaltung, IT-Administration)

Teamkoordination	2,67 VZÄ	Weisungsgebundenes Personal zur Koordination der Angebote an den großen Schulen

Tabellarische Darstellung der verfügbaren Personalressourcen (Stand Oktober 2025)

Der o.g. Personalstand der vhs ist sehr eng bemessen und erlaubt zum aktuellen Stand keine weitere Aufnahme von Schulen als Trägerin von Ganztagsangeboten.

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☐ *ja, positiv**
☐ *ja, negativ**
☒ *nein*

Wenn ja, negativ:
Bestehen alternative Handlungsoptionen?

☐ *ja**
☐ *nein**

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen
(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

☒ werden nicht benötigt

☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk

☐ sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

Die vhs Erlangen wird beauftragt, an den im Beschluss benannten Schulen die Optimierte Lernförderung, den gebundenen und den offenen Ganztag weiterzuführen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 11 gegen 0

TOP 6 — 43/046/2025

Startchancen-Programm des Bundes - Planung von Angeboten durch die vhs Schulkooperationen ab dem Schuljahr 2025/26

Sachbericht:

Die Bundesregierung hat zum Schuljahr 2024/25 das Startchancen-Programm mit einer Laufzeit von zehn Jahren gestartet. Hier werden bundesweit insgesamt 20 Milliarden Euro über zehn Jahre investiert. Ziel ist es, dort zu unterstützen, wo die Herausforderungen am größten sind. Die Gelder werden an etwa 4.000 Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler verteilt. In Erlangen haben derzeit sieben Schulen eine entsprechende Förderzusage erhalten. Mehrere Erlanger Schulen, die mit den vhs Schulkooperationen bereits im Ganztag und der optimierten Lernförderung zusammenarbeiten, sind bereits auf die vhs Erlangen mit der Bitte zugegangen, weitere Bildungsangebote aus Mitteln des Startchancen-Programms realisieren können. Die durch das Startchancen-Programm über mehrere Jahre zur Verfügung stehenden Finanzmittel sind aus Sicht der Volkshochschule eine Möglichkeit, in den Kooperationsschulen zusätzliche und benötigte Bildungsangebote zu realisieren. Insgesamt ist eine weitere Steigerung der Qualität der Bildungsangebote zu erwarten, da herausragende Projekte (etwa mit Präsentationen, Aufführungen oder besonderen Bedarfen) aufgrund geringer finanzieller Ressourcen bisher nur selten oder mit Förderungen der Bürgerstiftung Erlangen realisiert werden können. Die organisatorische sowie vertragliche Abwicklung für das Startchancen-Programm ist nahezu identisch mit den Prozessen, die bereits für die Lernförderung und die Ganztagsbildung etabliert sind. Eine reibungslose Umsetzung bei geringem Verwaltungsaufwand wäre gewährleistet.

Prozesse und Strukturen

Für die Durchführung der Angebote werden pädagogisch qualifizierte Fachkräfte mit fachlicher Expertise eingesetzt. Dabei wird auf die vorhandenen Honorarkräfte, das Netzwerk der vhs und der vhs Schulkooperationen zurückgegriffen.

Aus den Bundesmitteln werden die Kosten für die Angebote als solche sowie die Kosten des damit verbundenen Verwaltungs- und Personalaufwand finanziert.

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☐ *ja, positiv**
☐ *ja, negativ**
☒ *nein*

Wenn ja, negativ:
Bestehen alternative Handlungsoptionen?

☐ *ja**
☐ *nein**

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen
(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

☒ werden nicht benötigt
☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
☐ sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

Die vhs Erlangen soll mit denjenigen Schulen, die Mittel aus dem Startchancen-Programm des Bundes erhalten und die vhs/Schulkooperationen als möglichen Träger für die Angebote angefragt haben bzgl. einer möglichen Trägerschaft in Kontakt treten.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 11 gegen 0

TOP 7 — 40/263/2025

Fraktionsantrag der ÖDP Nr. 075/2025 vom 22.07.2025 zum KI- und Medienbudget und der Ausstattung von Lehrkräften mit dienstlichen Endgeräten

Sachbericht:

1. **Ergebnis/Wirkungen**
   (Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die ÖDP-Fraktion beantragt, alle zur Verfügung stehenden Fördermittel des KI- und Medienbudgets auszuschöpfen, datenschutzkonforme KI-Plattformen (z. B. SchulKI, FoBizz) zentral oder schulindividuell bereitzustellen sowie die notwendige digitale Infrastruktur zur unterrichtlichen Nutzung von KI (z. B. stabile Netzwerke, Endgeräte, technische Betreuung) an den Schulen sicherzustellen.
Des Weiteren wird die flächendeckende Ausstattung der Lehrkräfte mit geeigneten dienstlichen Endgeräten gefordert.

2. **Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen**
   (Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Anschaffung entsprechender für den Schulunterricht angepasster KI-Lösungen ist aus Sicht der Stadt Erlangen zwingend notwendig und unabweisbar, um den schulischen Bildungsauftrag zu erfüllen. Das KI- und Medienbudget bietet dazu die Möglichkeit.

Die Mittel aus dem KI- und Medienbudget für das Jahr 2024 i. H. v. 126.561,31€ werden daher vollständig abgerufen.

Die Stadt Erlangen hat u.a. eine Jahreslizenz der Software „Fobizz KI-Tools und KI-Klassenräume“ für die insgesamt 33 Erlanger Schulen beschafft.
Die darüber hinaus zur Verfügung stehenden Mittel werden zur Refinanzierung weiterer schulischer Webanwendungen eingesetzt, die an den Schulen bereits zum Einsatz kommen (u. a. Anton, Bibox, Die Schul App, Front Read, Mathegym etc.). Weitere Fördermittel entfallen zudem auf die Finanzierung digitaler Schulbücher.

Das Budget für 2025 beträgt weitere 127.952,82€, auch diesbezüglich erfolgte bereits die Antragstellung.

Die Fördermittelhöhe für 2026 wurde bislang noch nicht veröffentlicht. Sobald dieses bekannt ist und ein Abruf erfolgen kann, sollen die Mittel ebenfalls in Anspruch genommen werden.

Die notwendige digitale Infrastruktur zur unterrichtlichen Nutzung von KI ist an allen Schulen vorhanden, da die Stadt Erlangen die Schulen in den vergangenen Jahren durch die hohen Investitionen über das smartERschool-Budget vor allem in den Bereichen Netzwerk und W-LAN/Access Points auf den Einsatz digitaler Werkzeuge umfassend und vorausschauend vorbereitet hat.

Hinsichtlich der Ausstattung von Lehrkräften mit Lehrerdienstgeräten im Zuge des Förderprogramms zur Beschaffung schulischer mobiler Endgeräte (SchulMobE) wird auf den Beschluss des Stadtrats vom 24.07.2025 (Vorlagennr. 40/259/2025/1) verwiesen.

Insgesamt wurden bereits weitere 101 Lehrerdienstgeräte für in Summe rd. 100.000€ ausgeschrieben und beauftragt, sodass der Fördermittelantrag bis Ende September 2025 bei der Regierung von Mittelfranken eingereicht werden und die Refinanzierung der Geräte noch im gleichen Jahr erfolgen kann.

Beschafft wurden ausschließlich iPads (13Zoll, 128 GB, inkl. Tastatur und Stift), da diese eine intuitive Benutzeroberfläche sowie eine große Auswahl an Bildungs-Apps bieten und bekannt für ihre lange Lebensdauer und Zuverlässigkeit sind. Dieser Gerätetyp entspricht insbesondere auch dem, für welchen sich die Schulen, bis auf wenige Ausnahmen, im Rahmen des Programms Digitale Schule der Zukunft hinsichtlich der 1:1-Ausstattung mit Schülergeräten entschieden haben.
Die Verteilung der Geräte erfolgt auf Basis des bei den Schulen im Vorfeld abgefragten Gerätebedarfs und der vom Bayerischen Kultusministerium für Lehrergeräte zuletzt zugrunde gelegten Anzahl an Lehrkräften.

Die Auslieferung der Geräte an die Schulen erfolgt voraussichtlich bis Anfang November.

Wartung und Support der Geräte sind über die SchulMobE-Richtline nicht förderfähig. Da es sich um Geräte im Eigentum der Stadt Erlangen handelt, wird kein Support durch KommunalBIT geleistet. Die Geräte wurden jedoch mit einer verlängerten Garantie für 3 Jahre beschafft, so dass in diesem Zeitraum ggf. die Reparatur, bzw. der Ersatz von Geräten gesichert ist.

3. Prozesse und Strukturen
(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Das Schulverwaltungsamt hat und wird auch in Zukunft an allen ihm zur Verfügung stehenden Stellschrauben drehen, um den Schulen innerhalb des zur Verfügung stehenden Budgets und dem möglichst umfassenden Abruf von Mitteln aus digitalen Förderprogrammen eine bedarfsgerechte und zukunftsgerichtete digitale Ausstattung zur Verfügung zu stellen.

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☐ *ja, positiv**
☐ *ja, negativ**
☒ *nein*

Wenn ja, negativ:

Bestehen alternative Handlungsoptionen?

☐ *ja**

☐ *nein**

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

☒ werden nicht benötigt

☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk

☐ sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

1. Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Antrag der ÖDP-Fraktion Nr. 075/2025 vom 22.07.2025 ist damit bearbeitet.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 11 gegen 0

TOP 8

40/262/2025

Fraktionsantrag ÖDP 062/2025; Aktion „Saubere Schultoiletten - gegen Vandalismus am stillen Örtchen“

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen
(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Schultoiletten in Deutschland befinden sich vielerorts in einem besorgniserregenden Zustand. Diese Missstände führen dazu, dass viele Kinder und Jugendliche den Gang zur Schultoilette meiden. Ein weiteres Problem ist der weit verbreitete Vandalismus.

Aus diesem Grund beantragt die ÖDP, dass die Stadt Erlangen an Schulen eine Aktion unter dem Titel „Saubere Schulklos – gegen Vandalismus am stillen Örtchen“ initiiert. Ziel ist es, die Sauberkeit und den Zustand der Schultoiletten nachhaltig zu verbessern und Vandalismus vorzubeugen. Die Aktion orientiert sich am erfolgreichen Beispiel „Saubere Sache in Duisburg – Wie eine Schule für saubere Toiletten sorgt“, das im ZDF-Kindernachrichtenmagazin logo! vorgestellt wurde.

Kernpunkte der Aktion:

• Schülerinnen und Schüler werden aktiv in die Verantwortung für die Sauberkeit der Schultoiletten eingebunden, z. B. durch die mit Fachpersonal gemeinsam durchgeführte Sanierung und „Aufhübschung“ der Schultoiletten sowie durch ein Toilettenaufsichtssystem oder Patenschaften, wie es in Duisburg erfolgreich praktiziert wird.

• Die Schulen erhalten vom Gebäudemanagement (GME) Unterstützung bei der Organisation und Umsetzung der Aktion, etwa durch Materialien, Informationsangebote und Workshops.

• Die Schulen, die sich an der Aktion beteiligen, erhalten als Anerkennung die Aktiv-Card der Stadt Erlangen.

• Die Stadtverwaltung prüft und stellt zeitnah dar, wie die Aktion eingeführt werden kann und stellt die notwendigen Mittel bereit.

• Die Ergebnisse und Erfahrungen der Aktion werden nach einem Jahr evaluiert und dem Stadtrat vorgestellt.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen
(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Schultoiletten stellen in vielen Schulen ein Problem dar, das sowohl die Gesundheit als auch das Wohlbefinden der Schüler beeinträchtigt.

An den Schulen werden, wie bei allen städtischen Gebäuden, vom Amt für Gebäudemanagement regelmäßig Begehungen zur Begutachtung von Mängeln, Schäden oder weiterer Baubedarfe durchgeführt. Dabei werden bei den WC-Anlagen folgende Kriterien betrachtet:

- Alter der Anlage
- Sicherheit
- Funktionalität
- Zustand der Versorgungsleitungen
- Zustand der Einrichtungen

- Raumzustand, Boden, Wand, Decke.

Wird die Notwendigkeit einer WC-Sanierung festgestellt, erfolgt die Zuordnung in Prioritätsstufen.

Dieser Zuordnung entsprechend wird die Maßnahme dann ins Arbeitsprogramm von GME aufgenommen.

In den letzten Jahren fanden folgende Toilettensanierungen statt:

Sanierung der WC-Anlagen, WvS	2019	491.000 €
Sanierung der WC-Anlagen, Mönauschule	2020/2021	896.000 €
Sanierung der Jungen WC-Anlagen, FOS	2021	120.000 €
Sanierung der WC-Anlagen, Eichendorff-Schule	2021	390.200 €
Sanierung der WC-Anlagen, GS Dechsendorf	2023/2024	679.000 €

Im Rahmen von Generalsanierungen wurden die Schultoilettenanlagen folgender Schulen saniert:

MTG, ASG, Ohm. Aktuell sind seitens GME keine Toilettensanierungen geplant.

Das Schulverwaltungsamt hat die Schulleitungen um Einschätzung gebeten, inwieweit es derzeit gravierende Probleme mit Sauberkeit und/oder Vandalismus an ihrer Schule gibt.

Die Rückmeldungen fallen unterschiedlich aus. Von den 16 Schulen, die an der Umfrage teilgenommen haben, gaben sechs an, dass Probleme mit der Sauberkeit bestehen. An einigen Schulen erfolgt keine ordnungsgemäße Reinigung durch das Reinigungspersonal. Acht Schulen haben Probleme mit Vandalismus genannt.

In diesem Zusammenhang haben die Schulen bereits verschiedene Schüleraktionen durchgeführt, z.B.:

- Erstellung von Toilettenregeln
- Besprechung mit dem Schülerparlament, SMV
- Verschönerung der Toiletten durch Hygieneartikel, Parfums, Deo; Fahrradschlösser werden an den Papierhaltern angebracht, damit die Toilettenpapierrollen nicht entnommen werden können
- SMV und GME haben Instandsetzungs- und Verschönerungsaktion unternommen, Toiletten funktional und ästhetisch aufgewertet

Folgende Lösungsansätze wurden von den Schulen probiert:

- Toilettenlisten werden geführt
- Toilettenpapier wird in den einzelnen Klassen ausgegeben
- Gespräche im Klassenrat
- Regeln werden besprochen, richtiges Toilettenverhalten
- Kinder dürfen nur einzeln auf Toilette gehen; Lehrkraft kontrolliert, wie lange ein Kind auf Toilette ist
- Toilettenkontrollen, Kinder dürfen nur zu zweit auf Toilette gehen
- häufige Kontrollen durch den Hausmeister, Lehrkräfte sollen auch Toiletten kontrollieren
- Fußballtore mit Ball im Urinal, damit Jungs lernen zu zielen
- Toilettensperrungen für einige Tage
- Toiletten sind nur in den Pausen offen, Schüler*innen müssen Schlüssel im Sekretariat abholen

- Wettbewerb "sauberste Toilette"
- Briefe an Eltern, Durchsagen, Erinnerung an Schulcharta
- sofern die Beteiligten gefunden werden: Gespräche mit Schüler*in und Eltern, Beteiligung an Toilettenreinigung
- Einbeziehung der SMV und Lehrkräfte, Achtsamkeitskonzept
- Schilder, die an "Eigen-Reinigung" appellieren
- Eigenverantwortung der Schüler*innen, Beschädigungen zu melden

Einige Schulleitungen gaben an, dass die Regeln nur für eine kurze Zeit befolgt werden würden und dass Aktionen, die auf Verständnis und Einsicht zielen, nicht zielführend seien.

3. Prozesse und Strukturen
(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Initiierung und Durchführung von Aktionen an einer Schule liegt allein in der Zuständigkeit der jeweiligen Schulleitung. Die Verwaltung hat keinerlei Weisungsbefugnis oder Handlungskompetenz.

Einige Schulleitungen haben grundsätzlich Interesse signalisiert, Verschönerungsaktionen an ihrer Schule durchzuführen.

Sollte eine Schule beispielsweise Schulungen zum Thema „Toilettenreinigung“ durchführen, könnte GME punktuell unterstützen. Den Kindern könnte gezeigt werden, wie man eine Toilette putzt oder abschreckendes Bildmaterial liefern. Das Amt für Gebäudemanagement hat jedoch keine Kapazitäten, um selbst Schulungen an den Schulen durchzuführen.

Die Ausgabe der Aktiv-Card an Schulen, die sich an Aktionen beteiligen, wird aus Sicht des Büros für Bürgerbeteiligung und Ehrenamt als nicht zielführend erachtet.

- Organisationsaufwand: Die Schulsekretariate wären für die Ausgabe/Weitergabe der Aktiv-Cards innerhalb der Schülerschaft verantwortlich. Das bedeutet einen enormen Aufwand.
- Anerkennung: Die Vorteile der Aktiv-Card (z.B. ermäßigte Eintritte Kunstpalais und Stadtmuseum, Ermäßigung auf Erste-Hilfe-Kurse beim ASB) dürften der Zielgruppe Schülerschaft nicht als große Anreizfunktion dienen.

Vorschlag des Büros für Bürgerbeteiligung und Ehrenamt: zielgruppen- und altersbezogene Anerkennung in Form von z. B. Kinogutschein, dm-Gutschein, freier Eintritt E-Werk, Zehnerkarte Erlanger Bäder.

Die Finanzierung könnte z.B. im Rahmen von Schulpatenschaften erfolgen oder auch die Erlanger Serviceclubs könnten aktiviert werden, für diese Aktion eine Patenschaft zu übernehmen, um so eine Anerkennung und Motivation für die Schüler*innen zu ermöglichen.

Das Schulverwaltungsamt wird das Thema in die nächsten Kontaktgespräche mit den Schulleitungen der Grundschulen und der weiterführenden Schulen mitnehmen und entsprechende Aktionen anregen.

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☐ *ja, positiv**
☐ *ja, negativ**
☒ *nein*

Wenn ja, negativ:
Bestehen alternative Handlungsoptionen?

☐ *ja**
☐ *nein**

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen
(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

☒ werden nicht benötigt
☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
☐ sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

1. Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Fraktionsantrag 062/2025 der ÖDP vom 20.06.2025 ist damit bearbeitet.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 11 gegen 0

TOP 9

Anfragen

TOP 9.1 242/358/2025

Anfrage: Instandhaltungsmaßnahmen an Schulen

Sachbericht:

Anfrage:

- In welchem Umfang sind Instandhaltungsmaßnahmen an Schulen (z.B. Fenster, Türen, Sonnenschutz, techn. Gebäudeausstattung, Toiletten) von den Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen betroffen?
- Welche Folgen ergeben sich für den Schulbetrieb?

Antwort:

Die Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen in seiner Beschlussfassung vom 30.04.2025 enthalten keine Vorschläge zur Kürzung des allgemeinen Bauunterhalts.

Angefragte Veränderungen im Arbeitsprogramm 2025 beziehen sich im Bereich des GME-Budgets (Ergebnishaushalts) auf sog. Sondermaßnahmen und damit insbesondere auf größere Instandsetzungsmaßnahmen. Hier wurde deren Realisierung, soweit technisch vertretbar, auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Hierzu wird auch auf die Vorlage 24/058/2024 verwiesen.

Es gilt jedoch zu beachten, dass die Zulässigkeit jeder Ausgabe/Maßnahme nach Art. 69 GO zu prüfen ist. Die Inanspruchnahme eines Haushaltsansatzes ist demnach nur dann gerechtfertigt, wenn es sich um Ausgaben handelt, für die eine rechtliche Verpflichtung besteht oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind.

Das bedeutet, die Aufgabe a) bestand bereits im Vorjahr und b) war mit Haushaltsmitteln ausgestattet und c) ist notwendig und unaufschiebbar. Im Regelfall sind diese drei Bedingungen (a-c) erfüllt bei Arbeiten, die allgemein dem sicheren Betrieb eines Gebäudes dienen, wie z.B.

- Wartungsarbeiten
- sicherheitsrelevante Maßnahmen wie Brandschutz oder sonstiger Gefahrenstellen im schulischen Nutzungsbereich

Weiter werden im Regelfall Unterhaltsmaßnahmen als zulässig eingeschätzt, die dem grundsätzlichen Substanzerhalt dienen und so weitere Schäden vermeiden, wie z.B.:

- Beseitigung von Vandalismus- und Einbruchsschäden,
- Dachschäden mit Einfluss auf die Bausubstanz,
- defekte Türe und Fenster, die die Gebäudefunktion maßgeblich einschränken.

Im Umkehrschluss sind demnach als unzulässig anzusehende Unterhaltsmaßnahmen z.B.:

- Schönheitsreparaturen wie Malerarbeiten,
- Austausch optisch abgenutzter Bodenbeläge

Auch kleinere Umbaumaßnahmen/Nachrüstungen, wenn sie z.B. überwiegend einer funktionalen Verbesserung dienen, sind demnach ausgeschlossen.

Maßgabe des Handelns ist immer, den Schulbetrieb zu sichern und Beeinträchtigungen durch nicht zulässige Maßnahmen möglichst zu vermeiden. Diese Bewertung erfolgt jedoch einzelfallbezogen, sodass ein Gesamtumfang nicht beziffert werden kann.

Dies kann dazu führen, das defekte Sonnenschutzanlagen repariert werden, wenn die Nutzung der Räume hierdurch stark beeinträchtigt wäre. Bei vergleichbarer Situation ein nicht-vorhandener Sonnenschutz aber nicht nachgerüstet werden darf, da dies in den meisten Fällen nur mit einem Austausch der Fenster möglich wäre.

Folgender Umfang an Baumaßnahmen im Schulbereich war unter dieser Maßgabe umzusetzen:

Ausgaben für Schulen im allgemeinen Bauunterhalt incl. Betriebstechnik ohne Sondermaßnahmen

- 2024 3.616.000 €
- 2025 nur 1. Halbjahr 825.000 €

Durchgeführte/laufende BU-Sondermaßnahmen an Schulen aus 2024/2025 (Gesamtumfang):

- Ernst-Penzoldt-Schule, Erneuerung Fenster, fertiggestellt 5.170.00€
- Hedenusschule, Sanierung Schulküche 1. Bauabschnitt, fertiggestellt 652.000€
- Realschule.a.E., Sanierung Fenster Klassentrakt Nord, fertiggestellt 393.000€
- Pestalozzi-Schule, Sanierung Heizungsleitungen, fertiggestellt, 207.000€
- Brucker Lache, Umbau HV- Wohnung, fertiggestellt, 330.000€
- Wirtschaftsschule, Makerspace , fertiggestellt, 47.500€
- Adalbert-Stifter-Schule, Sanierung Werkraum, fertiggestellt, 68.000€
- Brucker -Lache, Turnhallensanierung, fertiggestellt, 1.280.000€
- OPSI, Aufzug und neue Gruppenräume, Gruppenräume fertig, Aufzug vor Fertigst. 690.000€
- Eichendorffschule, Flachdachsanierung, fertiggestellt, 696.000€
- Pestalozzi-Schule: Sockelabdichtung im Rahmen der Schulhofsanierung, läuft 48.000€
- Fridericianum, Umbau von Fachräumen, in der Umsetzung, 80.800€

- CEG, Räume in Musikschule, in Planungsphase Ausführung ab 09.2025, 340.000€
- Schule für Kranke, Dachsanierung, fertiggestellt 325.000€
- Realschule. a. E., BrandS, Fluchtweg aus der Aula, Ausführung 08-09.2025, 592.000€
- Kleinere Brandschutzmaßnahmen: an der GS Frauenaurach, Eichendorffschule und Loschgeschule, Ausführung noch für 2025 geplant, 45.000€
-

Offene BU-Sondermaßnahmen an Schulen aus 2024/2025 (Gesamtumfang):

- ASS Adalbert-Stifter-Schule, Fenstersanierung Verwaltungstrakt, 300.000 €
- W.-v.-S.-Realschule, Betonsanierung Fassade, 180.000 €
- Eichendorffschule, Fenstersanierung Lernhaus A+B, (Anmeldung für 2026) 300.000 €
- Eichendorffschule, Sanierung Laufbahn im Rahmen des Bewegungsparcours, Planung
- Realschule am Europakanal, Fenstersanierung Atrium, 208.000 €
- Hermann-Hedenus-Mittelschule, Lehrküche West (029) BA II, 420.000 €
- Friedrich-Rückert-Schule, Sanierung Sportboden, 45.000 €

Ergebnis:

Die Anfrage der Stadtratsfraktion Grüne Liste vom 24.06.2025 ist damit beantwortet.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

Sitzungsende

am 09.10.2025, 17:45 Uhr

Die Vorsitzende:

……
Stadträtin
Pfister

Die Schriftführerin:

……
Haag

Kenntnis genommen

Für die CSU-Fraktion:

Für die SPD-Fraktion:

Für die Grüne/Grüne Liste-Fraktion:

Für die ödp-Fraktion:

Für die Ausschussgemeinschaft FDP/FWG:

Für die Ausschussgemeinschaft Klimaliste Erlangen/Erlanger Linke: